

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 14. Mai 1932

Nummer 39

Noch keine Entscheidung!

Trotz 12stündiger Verhandlungen der Organisationsvertreter am 10. Mai, an die sich noch eine mehrstündige Beratung des gesamten Verbandsvorstandes nach Mitternacht angeschlossen, und trotz Fortsetzung der Parteiverhandlungen am 11. Mai bis in die Nachmittagsstunden kam noch keine definitive Entscheidung im Tarifkonflikt unseres Gewerbes zustande. Auf Unternehmenseite versuchte man, den Inhalt des Schiedspruchs des Zentral-Schlichtungsamts vom 16. April (vgl. „Korr.“ Nr. 32 vom 20. April) unter allen Umständen in seinen wichtigsten Teilen aufrechtzuerhalten. Es zeigte sich auf Prinzipalsseite nur in wenigen Punkten eine sehr beschränkte Neigung, den sachlichen und berechtigten Einwendungen unserer Vertreter Rechnung zu tragen. Das bis zur Stunde vorliegende Ergebnis dieser anstrengenden und beiderseits mit aller nur denkbaren Schärfe geführten Verhandlungen ist jedoch so, daß sich der Verbandsvorstand verpflichtet fühlte, zum Freitag, dem 13. Mai, die Gauvorsteher telegraphisch zur Beratung und Entscheidung nach Berlin zu berufen. Auch die noch am Spätnachmittag des 11. Mai aufgenommenen Verhandlungen über den Hilfsarbeitertarif zogen sich bis nach Mitternacht hin, ohne zu einem irgendwelchen Ergebnis zu führen. Das es aus zeitlichen und politischen Gründen nicht möglich ist, über den Verlauf dieser Beratungen schon in dieser Nummer. (spätester Abschluß am 12. Mai) berichten zu können, kann dies erst in der nächsten Nummer erfolgen.

Dieser schwierige Stand der Dinge bis zur letzten Stunde der Verhandlungen fand seine deutlichste Beleuchtung schon vorher zunächst im Leitartikel „Zur Situation“ in voriger Nummer; gleichzeitig aber auch nach der grundsätzlichen Seite hin durch die „Zeitschrift“ in Nr. 38 vom 10. Mai in einem Leitartikel unter der Überschrift „Gefährdung des Tarifgedankens durch die Gewerkschaften“. Dieser, schon in ihrer Überschrift die Tatsachen direkt auf den Kopf stellenden publizistischen Leistung eines „Heno“, ein Signum, das sehr stark an die bewußte „Teno“ (Technische Notiz) Hilterscher Herkunft erinnert, wurde von der Schriftleitung der „Zeitschrift“ eine „einführende“ Bemerkung vorangestellt, die folgenden Wortlaut hat:

Die gemeinsame Regelung der Arbeitsbedingungen durch Abschlüsse von Tarifverträgen zwischen den Organisationspartei, ein Beweise, der sich Jahrzehnte hindurch in unserem Gewerbe vornehmlich bewährt hat, wird durch die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche ein ernstes Bedenken ausgereizt. Auf die Gefährdung des Tarifgedankens durch die unangenehme Haltung der Gewerkschaften weist der nachstehende Beitrag hin, der die Stimmung vieler Buchdrucker selbst wiederholt. Die morgen beginnenden Verhandlungen werden Klarheit darüber bringen, ob es überhaupt noch möglich ist, Tarifverträge mit den Gewerkschaften einzugehen.

Schon der erste Satz dieser einleitenden Kommentierung des in Betracht kommenden Artikels durch die Schriftleitung der „Zeitschrift“ stellt geradezu eine unverantwortliche Verschandelung des Gedankens einer gemeinsamen Regelung der Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Organisationspartei in Buchdruckgewerbe dar. Denn gerade der von den Unternehmern gestellte Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des einseitigen und ungerichteten Schiedspruchs vom 16. April zielte ja darauf ab, die gemeinsame Regelung der Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifverträgen durch ein politisches Diktat zu erzwingen! Wir sind der Ansicht, daß gerade die vom Reichsarbeitsminister vollzogene Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung den Tarifparteien die Pflicht und Verantwortung auferlegte, unter sich selbst einig zu werden, und zwar in gleicher Weise, wie dies vor Einführung der staats-

lichen Schlichtung in unserm Gewerbe in anerkannt vorbildlicher Weise seit Jahrzehnten üblich und selbstverständlich gewesen ist. In diesem Sinne hat also der Reichsarbeitsminister den Gedanken des Tarifvertrags von einem Diktat freigehalten und deshalb auch keiner Belastungsprobe ausgesetzt. Von einer Belastungsprobe des Tarifgedankens durch Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung kann nur sprechen, wer den Vertragsgedanken in einseitiger Weise mit Diktaturgeflüsten verwechselt. Auch der zweite Satz dieses unlogischen Redaktionsmottos der „Zeitschrift“ verrät die gleiche Einseitigkeit und Willkür. Wir behaupten, und wären in der Lage, es ausreichend zu beweisen, daß die Stimmung aller echten Buchdruckereibesitzer ganz anders ist, als es die Schriftleitung der „Zeitschrift“ glauben machen will. Denn auch bei den jetzigen Tarifverhandlungen wäre eine solche Zuspitzung der Gegensätze nicht eingetreten, wenn auf Unternehmenseite weniger organisatorische Bindung an gewisse Tarifmacher vorhanden wäre, die um so tiefer in Kampfgetöse schwelgen, je weniger sie selbst bei einem offenen Tarifkampf im Gewerbe zu verlieren haben, weil sie selbst keine Buchdruckereibesitzer oder Zeitungsverleger sind! Für sie ist der ganze gegenwärtige Tarifkonflikt lediglich eine Frage des Beschäftigungsnachweises auf Gebieten, die ihnen viel heißer liegen, als die Erhaltung des gewerblichen Friedens. Sie fühlen sich in Konfliktepochen um so unentbehrlicher, je verworrener die Lage infolge ihrer mehr juristischen und berufsständischen als wirtschaftlichen Bewertung der menschlichen Arbeitskräfte geworden ist. Ihr Widerstand gegen jede vernünftige und praktische Verständigung der Tarifpartner wächst im gleichen Verhältnis wie eine solche Verständigung ihre umerlösen Pläne zu durchkreuzen oder zu vereiteln droht. Daß die Tarifpartei, der wohlverworbene Rechte geschmälert oder ganz geraubt werden sollen, sich dagegen wehrt, beurteilen diese Herren als eine Gefährdung ihres persönlichen Ansehens und nennen das dann in demagogischer Weise, wie im vorliegenden Falle, „Gefährdung des Tarifgedankens“ durch die Gewerkschaften“. Da über diese Verdröhnung und Verschleierung der eigentlichen Aufgaben der sogenannten Wirtschaft in Zukunft sowieso noch viel mehr zu sagen sein wird, soll anschließend nur noch die aktuelle Umdeutung dieser Zusammenhänge durch den erwähnten „Heno“ in Nr. 38 der „Zeitschrift“ etwas gelichtet werden.

Nach einer ziemlich sachlichen Feststellung, daß gerade die jahrzehntelange Pflege des Tarifgedankens im Buchdruckgewerbe die gewaltige Entwicklung des Gewerbes gefördert hat und daß durch die tarifliche Höherhebung des Niveaus der Buchdruckereiarbeiterschaft auch deren Befähigung zur Erfüllung höherer Leistungen zugunsten des Gewerbes gewachsen ist, kommt er trotzdem zu der Behauptung, daß es ein Trugschluß sei, eine Tarifgegnerschaft als unlogisch zu bezeichnen. Für diese tendenziöse Behauptung gibt er folgende Begründung:

Die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen konnte auf Grund des Entwicklungsganges des letzten Jahres nicht mehr ungeteilte Zustimmung finden, weil der Tarifgedanke zum einseitigen Vorteil der Arbeitnehmer überspannt wurde. Man hielt dieser Inkultation, die unsere Mitorderen geschaffen hatten, eben noch die Treue, weil der Tarifgedanke traditionell geworden war. Man ließ es auch an dem ehrfurchtsvollen Respekt vor dieser Einrichtung nicht fehlen, den man ihr schuldig zu sein glaubte. Außerdem konnte man sich dem Tarif ja auch ohnehin nicht entziehen, da er Gesetzestraft besaß. Wenn man aber heute unteruchen wollte, ob allein Zweckmäßigkeitsgründe stark genug gewesen sein würden, den Tarifgedanken bis auf den heutigen Tag weiter zu kultivieren, dann würde man sehr geteilte Ansichten wahrnehmen können.

Immer wieder ist in den Tarifverhandlungen von der Arbeitnehmerseite behauptet worden, daß unser Tarifwert etwas organisch Gewordenes sei, das man nicht mehr hinwegdenken könnte. Darin liegt der gewaltige Irrtum, in dem sich die Arbeitnehmerseite befindet, denn in unserm Gewerbe war das Tarifwesen nicht mehr ein normales, organisches Wert, sondern ein der heutigen Wirtschaftslage nicht mehr entsprechendes, absolut anormales Gebilde, das wie eine krankhafte Wucherung das gesunde Wachstum zu ersticken drohte.

Was ist aus dem Wunsch nach einer vernünftigen Regelung des Arbeitsverhältnisses entstanden? Ein fast unübersehbarer Dukt von Bestimmungen, in dem Rechte und Pflichten bis ins kleinste hinein genau abgewogen waren, was jedoch nur Geltung und Bestand haben konnte unter der Voraussetzung einer immer fortschreitenden Aufwärtsentwicklung. Für eine entgegengesetzte Wirtschaftslage war in unserm Tarifwert kein Spielraum gegeben, und daß eine solche eingetreten ist, dafür hat die Arbeitnehmerseite trotz der erdrückenden Beweise kein Verständnis haben wollen. Vernunft wurde Unfuss, was Wohlthat sein sollte, war Plage geworden. Die Arbeitnehmererschaft hat durch eine virtuose Handhabung in der Anwendung der tariflichen Bestimmungen Beachtliches geleistet, und das konnte nicht dazu beitragen, dem Tarifgedanken Freunde zuzuführen.

Ford hat in seiner „Philosophie der Arbeit“ den Satz aufgestellt: „Der Mensch soll den Fortschritt so gestalten, daß er unter höchsten Auffassung von dem entspricht, was im Verhältnis der Menschen zueinander recht ist und der Allgemeinheit zum Wohle gereicht.“ Hätte die Arbeitnehmererschaft nicht seit Jahren einer vernünftigen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen schärfsten Widerstand entgegengesetzt und das nicht völlig aus dem Auge verloren, was der Allgemeinheit zum Wohle gereicht, dann würde der Tarifgedanke heute zweifellos höher im Kurse stehen; daß das nicht der Fall ist, daran trägt die Gegenseite allein die Schuld.

Was uns die nächste Zeit bringen wird, ist nicht vorauszu sehen, aber die Arbeitnehmerseite wird nicht daran vorübergehen dürfen, daß ihr im Laufe der letzten Jahre die tarifliche Regelung des Lohnes und der Arbeitsbedingungen die größeren materiellen Vorteile gebracht hat und daß das, was sie als Nachteil zu bezeichnen pflegt, bei weitem nicht dem entspricht, was das Gewerbe zur Sicherung seines Fortbestandes schon seit langem hätte haben müssen.

Wir glauben, darauf verzichten zu dürfen, diese Erkenntnisse einer anonymen Seele auf Unternehmenseite im deutschen Buchdruckgewerbe jetzt schon an dieser Stelle eingehender unter die Lupe zu nehmen. Zu jedem Satz dieser Behauptungen, die nicht gerade darauf schließen lassen, daß ihr Verfasser dem gewerblichen Produktionsprozess persönlich besonders nahe steht, ließe sich ein besonderes Kapitel schreiben. Unsere Leser werden sich aber auch ohnedies genügend und richtige Gedanken darüber machen können. Die ganze Abhandlung ist ein klassischer Beweis dafür, auf welchen Abwegen sich die theoretischen Ratgeber des Deutschen Buchdrucker-Vereins befinden. Es ist ein Schulbeispiel dafür, wie sach- und berufsfeind der innere Aufbau unseres bisherigen Tarifs von Leuten beurteilt wird, die im Organisationsleben des Deutschen Buchdrucker-Vereins so nach und nach die eigentlichen Fach- und Tarifkenner in den Hintergrund gedrängt haben. Das kann und wird nur zum Schaden und Verhängnis für das ganze Gewerbe werden, das durch eine solche unsoziale Tarifpolitik den Gefahren einer noch größeren und rückwärtsloseren gegenseitigen Schmutzkonkurrenz ausgeliefert wird!

Zu Hinblick auf die Unklarheit der Situation und die Ungewißheit bezüglich des Zeitpunktes einer endgültigen Entscheidung ist möglicherweise mit einem späteren Abschluß und damit auch mit einem späteren Erscheinungstag der nächsten Nummer des „Korr.“ zu rechnen.

Zum Kampf um die Arbeitslosenversicherung

Das Scharfmachertum rüstet zu einem Generalskorn auf die Stellung der Gewerkschaften. Der vor kurzem erfolgte scharfe Angriff der Unternehmerpresse gegen den Reichsarbeitsminister Stegerwald wegen seiner Haltung in der Arbeitszeitsfrage signalisierte deutlich den Aufmarsch der Reaktion zur Entschuldigungsverfälschung. Was in dieser Schlacht auf dem Spiel steht, verraten die Alarmrufe aus der Presse der christlichen Gewerkschaften: Das Kabinett-Brüning soll gestürzt werden, und an seine Stelle soll ein „Präsident-Kabinett“ treten. An der Spitze ein General, dazu Nationalsozialisten und einige Herren aus dem Künigler der Schwerindustrie. Ihre ersten Aufgaben sind: Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung und damit Zerschlagung der Tarife, Niederhaltung der Masse mit Gewalt, Umgestaltung des Wahlrechts, um so durch eine sichere Mehrheit das neue System, d. h. die Herrschaft der Reaktion, auf lange Zeit hinaus zu befestigen.

Das Scharfmachertum will an die Macht. Es will die Früchte der Hitlerbewegung ernten, und zwar wenn möglich, noch vor Kaufmann, d. h. noch vor den großen außenpolitischen Entscheidungen. Die Stellung der Arbeiterschaft, die von den Gewerkschaften unter unendlichen Opfern aufgebaut worden ist, soll zerbrochen werden. Die Scharfmacher wollen Ellenbogenfreiheit. Sie wollen sich in der Lohnfrage von den Gewerkschaften nicht mehr dreinreden lassen, und deshalb fordern sie auch die Beseitigung der Arbeitslosenversicherung, d. h. Mobilmachung der großen Reservearmee auf den Lohn der Nacharbeitenden. Dem Menschen, der künftiger zu arbeiten wünsche — so erklärt das Scharfmachertum in einem für harmlose Gemüter harmlos und beinahe menschenfreundlich klingenden Ton —, müsse das Recht und die Möglichkeit dazu gegeben werden, und daher bleibe nichts anderes übrig, als das System der tariflichen Lohnfestsetzung zu ändern.

Die Arbeitslosenversicherung ist vom Scharfmachertum in erster Linie aufs Korn genommen worden. Der Grund dafür ist leicht zu erkennen. Im Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung haben die Scharfmacher Bundesgenossen. Auch der Städtetag will von der Arbeitslosenversicherung los, und wie er, so glauben auch die Rechner im Reichsfinanzministerium, durch Abbau der Versicherung große Ersparnisse herbeizuführen und so den Druck der Arbeitslosenlast auf die Reichsfinanzen zu mildern.

Diese Sparhoffnungen sind nichts anderes als ein Phantom. Durch Einführung der Bedürftigkeitsprüfung können in der Unterbringung der bisher von der Versicherung betreuten Arbeitslosen niemals nennenswerte Summen gespart werden. Der materielle Erfolg der Sparmaßnahmen wird weit überschätzt. Man vergißt, daß praktisch heute in der Arbeitslosenversicherung die Leistung im allgemeinen nur noch auf der Höhe der Wohlfahrtsunterstützung liegt, d. h. man kann auch in der Versicherung mit der Unterbringung unmöglich noch tiefer herabgehen. Auch vergißt man immer wieder, daß für ganze Gruppen des von der Versicherung erfaßten Personenkreises die Bedürftigkeitsprüfung bereits besteht und daß die Versicherung also tatsächlich nur noch formell-rechtlich eine Versicherung darstellt, während praktisch ohnehin schon sämtliche Verdienste in Unterfall zur Anrechnung kommt. Ebenso übersehen die Sparkommissare, daß bei Zuschlägen zur Einkommensteuer nach unten eine Freigrenze besteht, während in der Beitragshebung jeder Pfennig des Ar-

Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Albert Krepplow in Berlin
Eingetretet: 8. Mai 1872 — Jetzt Invalide

Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Edmund Güller in Berlin
Eingetretet: 8. Mai 1882
Jetzt Invalide



Gustav Orzjefel in Dresden
Eingetretet: 14. Mai 1882
Jetzt Invalide

beitslohes erfaßt wird. Das Beitragsaufkommen ist noch immer der stabilste Teil im Haushalt der Arbeitslosenunterstützung, und dieser halt steht und fällt mit der Versicherung; denn es wäre lächerlich, zu glauben, daß die Beitragshebung in der bisherigen Form auf die Dauer aufrechterhalten werden kann, wenn den außerordentlich hohen Beiträgen keinerlei Rechte mehr gegenüberstehen. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre sprechen abso- lut nicht für eine Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung.

Gewiß ist die Zahl der von der Versicherung erfaßten Unterfügten zurückgegangen; immerhin umfaßt die Versicherung jedoch noch ein Viertel der Unterfügten bei 20 Wochen Unterstützungsdauer. Schon damit ist ihre Darlebensberechtigung erwiesen. Im übrigen ist auch zu beachten, daß in der zweiten Aprilhälfte die Arbeitslosigkeit stärker (197 000) nachgelassen hat als die Entlastung in der Arbeitslosenversicherung (114 000), während es in der ersten Aprilhälfte umgekehrt war. Die Versicherung gewinnt also, wie man sieht, wieder an Boden. Eine brauchbare Reform des Arbeitslosgesetzes kann — immer wieder muß es gesagt werden — nicht in einer Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung bestehen, sondern nur in der Zusammenlegung von Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung. Die Trennung dieser beiden Unterfügungsformen ist unmöglich länger aufrecht zu erhalten. Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn im April die Gesamtarbeitslosigkeit um rund 300 000 zurückging, die Zahl der Wohlfahrtsunterfügten noch um 70 000 bis 80 000 zugenommen hat. Die Krisenfürsorge erfüllt eben nicht mehr ihre Aufgabe.

Die Gewerkschaften haben schon längst auf diese Entwicklung hingewiesen. Das Jögern des Kanzlers gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften auf Zusammenlegung von Krisenfürsorge und Wohlfahrt ist unverständlich. Dieser Tage hat der Kanzler von der ausländischen Presse darauf aufmerksam gemacht, daß fortgesetztes Jögern in der Lösung dringlicher Probleme eines Tages verhängnisvoll werden kann, weil dann die Wähler über die Jögerei hinweggehen werden. Diese Erkenntnis des Kanzlers hat nicht nur für die Außenpolitik, sondern auch für die Innenpolitik und hier vor allem für die Sozialpolitik Geltung!

Korrespondenzen

Bauhen. Bezirksversammlung der Bezirke Bauhen, Nadeberg, Birna und Jittau des Gaus Dresden in Bischofswerda am 5. Mai. Der Vorstand des Gaus Dresden war diesmal von seiner Geflorenheit abgewichen, die Vertreter der einzelnen Bezirke nach Dresden zur Information über die Manteltarifverhandlungen kommen zu lassen, um diese dann zu beauftragen, ihrerseits die Geflorenheit in den Versammlungen zu unterrichten. Es ist nicht zu verkennen, daß die bisherige Geflorenheit dem Gauvorstand Entlastung zuteil werden ließ, andererseits aber zu Missverständnissen und Unstimmigkeiten zwischen Mitgliedschaft und Gauvorstand, besonders im Bezirk Bauhen, geführt hatten. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn der Gauvorstand bei den künftigen Fragen des Verbandslebens den neuen Modus beibehalten würde. Gauvorsteher Sahlmann a n referierte in fast zweistündiger Rede über die Manteltarifverhandlungen vor einer Kollegenschaft von nahezu 400. Man merkte es ihm an, und seine kühnsten Berichtserwartungen bewies es, daß es ihm eine besondere Freude war, vor einer derartig großen Zahl Provinz-kollegen zu sprechen. In der Aussprache verurteilten die Sprecher der Mitgliedschaften das Verhalten der Prinzipale bei den Manteltarifverhandlungen. Aus ihrem Munde ist besonders hervorzuheben, daß sie fast alle betonten, so könne es nicht weitergehen, wenn halbwegs das wenige noch vorhandene Vertrauen zwischen Mitgliedschaft und Prinzipalen nicht ganz in die Brüche gehen sollte. In seinem Schlusswort richtete Kollege Sahlmann a n noch recht beherzigte Worte und mahnende Worte der Besonnenheit an die Kollegenschaft. In den folgenden Geschäftsordnungspunkten wurden noch einige interne Angelegenheiten behandelt. Nach Schluß der Versammlung tagten noch die Bezirksleiter der Bezirke Bauhen und Jittau. Gleichzeitig fand auch noch eine Vertrauensmännerbesprechung der Bischgerilde Gutenberg aller an der Versammlung be-

Vom Geistigen und Ungeistigen

„Und als der Tag der Pfingsten erfüllt war, da waren sie alle des heiligen Geistes voll...“ Mit diesen deut-würdigen Worten beginnt die Pfingsterzählung der biblischen Geschichte. Hier muß schon eine Einschränkung gemacht werden, ohne deshalb den Wert der Zee irgend-wie zu schmälern. Kein Geringerer als der Apostel Paulus wendete sich mit folgender Klage an seine Brüder: „Siehe, es sind wenig Bornehme unter uns!“ Da nun das Ue- christentum eine eminent soziale Zee ist — sein Charakter entsprach naturgemäß später durch die fortschreitende Entwicklung eine grundlegende Wandlung —, so folgert weiter daraus, daß einmal das Sittliche und mithin das Geistige, genau wie umgekehrt das Ungeistige, also Ungeistige, nicht von Raum und Zeit abhängig ist, und zum ändern, daß jede wahrhaft geistige Bewegung, die zugleich zur inneren Freiheit führt, in der Menschheit Niederlagen auf das tiefste Verdändnis führt.

So war es von jeher, und so wird es auch bleiben, trotz der Spekulation auf die Dummheit, die gegenwärtig als hervorsteckendes Merkmal des Ungeistigen des Nationalsozialismus — diesem Kolof auf dürrernen Füßen — einen so unverdienten Aufschwung verleiht hat, weil er es verstand, durch das Gaukspiel des Nationalsozialismus, also gewissermaßen durch intellektuelle Ue- fundenfischung, in die seelischen Bezirke des Proletariats einzudringen. „Der Wahrheit ist die Atmosphäre der Freiheit unentbehrlich“, sagt Schopenhauer, und etwas anders, dem Sinne nach indes völlig gleichlautend, sagt der Denker Feuerstein in seinem Werk „Zur Dialektik der Seele“: „Es gibt nur eine Sittlichkeit, und das ist die Wahrheit; es gibt nur ein Verderben, und das ist die Lüge. Dort ist Leben und Gesundheit, hier ist Ver-welkung...“

Wo wir das Buch der Menschheit immer durchblättern, stets stoßen wir auf Ablehnung der Dummheit, die in der Aufordnung der arischen Rasse — einem um so sinn- loseren Unterfangen, als die Grenzen durch jahrtausende-

lange Mischungen völlig vernebelt sind — das neue Heil, die geistige und sittliche Wiedergeburt des Volkes, erblicken. Schon der altgriechische Weise Sokrates läßt sich also vernehmen: „Es gibt nur ein einziges Gut für den Menschen: die Weisheit, und nur ein einziges Ubel: die Unwissenheit“, und wiederum findet Goethe, dem niemand ehrliches Ringen um die Erkenntnis der Wahrheit abprechen kann, ähnliches in einer Ausrufung an Avarot: „Du findest nichts schöner als das Evangelium, ich finde tausend geschriebene Blätter alter und neuer, von Gott begnadigter Menschen ebenso schön und der Menschheit nützlich und unentbehrlich. Rousseau aber läßt sich, schlicht wie diese überragende Persönlichkeit immer empfand, also vernehmen: „Menschen, seid menschlich! Dieses ist eure erste Verpflichtung!“

Niel zu wenig beachtet wird im Kampf der Geister F. G. Seume, der in erfrischendem Freimut wider alle Feinde des Lichtes und der Wahrheit gewortet hat und trotz mancher dahinsiehlenden Verwunde am wenigsten von den heutigen Deutschlandsneuenern als Kronzeuge gegen die materialistische Weltanschauung mißbraucht werden kann: „Wer den ersten Sklaven machte, war der erste Hochverräter an der Menschheit“, und: „Was den ersten heiligen Geboten der Vernunft widerspricht, das kann kein heiliger Geist als Wahrheit predigen!“

Von dem gleichen Dichter, der um die Wende des acht-zehnten und neunzehnten Jahrhunderts der dumpfen, stidigen Atmosphäre des reaktionären, vormärzlichen Deutschlands entfloß und unter dem sonnigen Himmel Syrakus' Befreiung suchte, stammt auch der Pfingstgruß:

„Ach rette mich aus meinem dumpfen Kerker auf in die Arme der Natur und werde frohlicher, lebendiger und harter in der erwachten Natur.“

Heinrich Heine aber, der ewige Spötter, in dessen Sarkasmus manche tiefe Wahrheit liegt — man muß nur die Spreu vom Weizen zu unterscheiden vermögen —, fußt in seiner Berg-Dyalekt „Aus der Harzreise“:

„Jeho, da ich ausgemacht, viel gelesen, viel gerecht, schwilt mich sehr, und ganz von Herzen stach ich an den heiligen Geist. Dieser hat die größten Wunder, und viel ardh're tut er noch; er zerbrach die Jungfernbureau und zerbrach des Anektes Joh. Alte Todeswunden heilt er, und erntet das alte Recht; alle Menschen, a lech geboren, sind ein adliges Geschlecht.“

Raffen wir nun noch einen mittelalterlichen Dichter sprechen, dessen Denkart uns so wunderbar modern an-mutet, wenn wir das Ringen des Volkes für Freiheit, Recht und Menschenwürde, das wie empörter Aufstrei gegen alle Inkultur schon Jahrhunderte mißdwingt, uns vergegenwärtigen. Gewiß ist es schlicht und einfach, den Zeitumständen eigentümlich, was Angelus Silesius in seinem Cherbunischen Wandersmann anknagend sagt, aber legt nicht auch dies von innerem Zwiespalt, aus dem alles Größere bei Menschen wahrhaft edlen Willens wächst, von Sehnsucht nach etwas Besserem, Erstrebenswerterem, bereitet Zeugnis ab?

„Der Himmel sendet ihn, er kommt und wird zur Erden: Wann steigt die Erd' empor und wird zum Himmel werden?“

Nicht beim Kapitalismus und seinen Bundesgenossen wirt der wahre Pfingstgeist weiter, der der Menschheit Wege zu höheren Zielen und besserer Lebensgestaltung weift, sondern er findet gerade im Lager d er Kräfte seine würdigste Vertretung, die sich bewußt auf die Seite der Armen und Ueuden gestellt haben von Anbeginn, die ihnen des Lichtes Himmelsfadel liehen durch ihre Lebens- äuserung, durch die Zee der Solidariät, durch den in ihren Seelen zur tobernden Flamme angefaßten Willen, sich gegen alles Unrecht aufzubäumen, und im Kampf um wahres Menschentum trotz des Ungeistes unsrer Zeit schlichtestig Sieger bleiben werden. Wie ein leuchtendes Signal wird am Ausgang dieses Ringens das Dreiecklein stehen: Gewerkschaft — Genossenschaft — Sozialismus!

Kürnberg.

Artur Stahl

teiligsten Bezirke statt. Den Kollegen des Buchdrucker-
Gefangenenvereins "Gutenberg" Zittau sei für ihre gefangenen
Darbietungen nochmals an dieser Stelle herzlich
gedankt. Die sonst üblichen Nachfragen müßten allerdings
im Zeichen der Notordnung, der den Kollegen auf-
erlegten Kurzarbeit und der herrschenden wirtschaftlichen
Verhältnisse in besonders ausserordentlichem Maße
nicht zu verkennen, daß trotz aller Not bei den Kollegen
aus den verarmtesten Bezirken ein ungebrochener guter
Geist herrscht.

Breslau. 38 Jungbuchdrucker konnten in unserer Ver-
sammlung am 25. April aus der Lehrlingsabteilung in
die Vollorganisation übernommen werden. Vorliegender
Sporz begriffte die Jungkollegen mit anfeuernden
Worten und wies auf die Tatsache hin, daß zehn von
ausgesernten sofort auf das Sitzfleisch gelehrt worden
sind. Die nächsten Wochen und Monate werden schwere
Entscheidungen für die deutschen Arbeiter bringen, und
nur das Kollektiv der freien Gewerkschaften wird der
Unternehmerwillkür ein Paroli bieten können. Umstand
wurde dieser förmliche "Guten" von einigen Kampfliebenden,
die der Gefangenenvereins "Gutenberg" in gewohnter Weise
zu Gehör brachte. Gauvorsitzer Feige schloß dann in
kurzen, trefflicheren Ausführungen den Verlauf der
Mantelartverhandlungen. Im Hand der Prinzipals-
anträge zeigte er auf, welche Konjunkturpolitik von den
Unternehmern getrieben wird und welche Verschlechte-
rungen uns zugemutet werden sollten. Die Nachkriegs-
parole: "Nur Arbeit kann uns retten", hat sich umge-
wandelt in den Schrei: "Nur Lohnabbau kann uns
retten!" Der am 16. April gefällte Schiedsspruch mit seinen
bekannten Verschlechterungen ist selbstverständlich von
unsern Vertretern abgelehnt worden, und es gilt jetzt, die
weiteren Entscheidungen abzuwarten, eventuell eine tarif-
lose Zeit in Kauf zu nehmen. Aber die Beschlässe der am
Vortag abgehaltenen Bezirksvorsitzerkonferenz berichtigte
anschließend Kollege Sporz. Die Konferenz war ein-
mütig der Auffassung, daß die Dinge in der deutschen
Gewerkschaftsbewegung nicht so weiter gehen können und
daß das dauernde Ausweichen ein Ende haben muß. Einen
allgemeinen Kampf zu wagen, wäre faktisch falsch, doch ein
geschicktes Einleiten der lebenswichtigen Sparten müßte
zu einem Erfolg führen. Die Konferenz beauftragte den
Gauvorsitzer, diesen Standpunkt dem Verbandsvorstand
zu übermitteln. Weiterhin wurde die Abwendung eines
Telegramms an den Reichsarbeitsminister beschlossen, in
welchem der Schiedsspruch zurückgewiesen und endgültiger
Schluß des Abbaues gefordert wird. Daß die Ver-
sammlung mit diesen Beschlüssen voll und ganz einver-
standen war, bewies der lebhafteste Beifall sowie der Verzicht
auf jegliche Diskussion.

Dresden. In unserer Versammlung am 3. Mai gab
Kollege Sahlmann einen Bericht über den Schieds-
spruch im Buchdruckergewerbe. Der Bericht hätte in Anbe-
tracht der Wichtigkeit ein noch besserer sein können. Der
Referent führte aus, daß der Schiedsspruch, der am
16. April von den unparteiischen Schlichtern gefällig
worden sei, uns nur Verschlechterungen bringe, während unsre
gestellten Anträge in keiner Weise berücksichtigt worden
sind. Kollege Sahlmann ging auf die einzelnen geänderten
Positionen näher ein, den Kollegen vor Augen führend,
in welcher einseitigen Weise die Schlichter ihren Spruch
ausgefaßt haben. Vor allem habe die Verschlechterung
der Urlaubsbefreiung nicht nur bei unsern Unterhändlern,
sondern in der gesamten Kollegenenschaft den stärksten Wider-
spruch ausgelöst. Die Gauvorsitzende, die sich umgehend mit
der Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs befaßten
müßten, haben sich für das letztere entschieden, während
die Unternehmer, denen der Schiedsspruch noch nicht
genug geht, die Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeits-
minister beantragt haben und den Spruch als "vorläufige
Abfälligkeit" ansehen wollen. Die Nachverhandlung
am 28. April wurden wiederum ergebnislos geführt, da
die Unternehmer auf ihrem Standpunkt, keinerlei Kon-
zessionen zu machen, beharrten. Da bisher kein Zwangs-
schiedsspruch gefällt worden ist, ergibt sich für uns folgende
Situation: Wir befinden uns jetzt in einem tariflosen
Zustand. Das bedeutet, daß der alte Tarif unverändert
in das Einzelarbeitsverhältnis eines jeden übergegangen
ist. Sollten einzelne Unternehmer versuchen, mit den
Belegschaften oder den Betriebsräten über neue Ab-
machungen zu verhandeln, so ist das abzulehnen und dem
Gauvorsitzer sofort Mitteilung zu machen. Da die Ründe-
lung des Lohns nicht in der bisherigen Lohn unverändert
weitergezahlt. Kollege Sahlmann wies auf den Ernst der
Situation hin und ermahnte die Kollegen, den Dingen ruhig,
aber gewappnet gegenüberzutreten. Die Ansprache war
eine sehr lebhaft. Nicht weniger als 15 Redner bestritten
die Debatte. In der Ablehnung des Schiedsspruchs war
man sich vollständig einig, doch verlangte ein Teil der
Kollegen, daß sofort Abwehrmaßnahmen in den Betrieben
gewählt werden müßten, um den Kampf auf breiter
Grundlage führen zu können. Dem wurde widersprochen,
da wir ja unsere bereits bestehenden Vertrauenskörper
besitzen, der allen Eventualitäten gewachsen ist. Eine
Resolution, die die Bildung von Abwehrkommissionen
forderte, wurde gegen zehn Stimmen abgelehnt. Kollege
Sahlmann a. n. b. betonte in seinem Schlußwort, daß es leider
Kollegen gebe, die in jeder Situation Kritik üben müßten.
Wir haben vorläufig gar keine Kampfmaßnahmen zu er-
greifen. Erst dann, wenn die Unternehmer versuchen
sollten, dem nicht verbindlich erklärten Schiedsspruch
Geltung zu verschaffen, würden wir uns dagegen zu wehren
haben. Auf das Schlichtungsverfahren eingehend, betonte
Kollege Sahlmann, daß wir Buchdrucker das bisher oft als
drückende Fessel empfunden haben, da wir glaubten, in
der Lage zu sein, uns durch eigene Kraft gegen Verschlechte-
rungen wehren zu können. Es ist aber Tatsache, daß die
Schlichtung für schwächere Gewerkschaften eine wesentliche
Hilfe bedeutet. Aus diesem Grunde sind es gerade die
Unternehmer, die die Schlichtungsordnung beseitigen
wollen, um dann ihren Abbauwünschen hemmungslos die
Tat folgen lassen zu können. Dann würdige Kollege
Sahlmann noch die Gründe, die den Hilfsarbeiterverband
veranlaßten, dem verschlechterten Tarif seine Zustimmung
zu geben und die Verbindlichkeitsklärung des Schieds-
spruchs zu fordern, da auch diese Frage in der Debatte an-
geschnitten worden war. Mit der Bekanntgabe einiger

ärztlicher Angelegenheiten fand die Versammlung ihren
Abbruch.

L. E. Adm. Der gute Besuch und der Verlauf unserer
Bezirksversammlung am 30. April zeugte von
der berechtigten Erregung der Kollegen, die der brutale
Schiedsspruch des Zentralarbeitsamts hervorgerufen
hat. Die furchtbare Arbeitslosigkeit soll nun auch zumege
bringen, den Angriff der Prinzipale auf unser Mantel-
tarifgebäude zu entschärfen. Es kann nur
einmal nicht begriffen werden, daß stets nur die Arbeiter
das Schicksal des Zentralarbeitsamts tragen müssen,
Wirtschaftsleiter in allen Ländern, die doch zweifellos mit
zur Verschärfung der wirtschaftlichen Verhältnisse
beigetragen haben, in ihren materiellen und seelischen
Auswirkungen allein auszubaden. Es kostet Überwindung,
bei dieser einseitigen Lastenverteilung durch die Regie-
rungsinstanzen ruhig zu bleiben. Vor Eintritt in die
Tagesordnung ehrte Vorliegender Janßen mit aner-
kennenden Worten drei alte Gewerkschafter, die der Tod
seit unserer letzten Versammlung aus unsern Reihen nahm.
Hier wie wohl vielerorts soll für die erwerbslosen
Kollegen kostenlose Kurse eingerichtet, die nicht nur Berufs-
liches vermitteln, sondern auch in andere Gebiete Einfluß
geben und deren Besuch auch arbeitslosen Kollegen nur
empfohlen werden kann. Ein besonderer Gruß galt einer
starkbetretenen Anzahl von der Lehrlingsabteilung über-
getretener Kollegen, der auslang in den Appell, sich für die
Ziele und Bestrebungen des Verbandes gerade in dieser
fürchterlichen Notzeit, wo alle gegen die Arbeiterbewegung
und ihre Einrichtungen anrennen, ganz einzusetzen und
treue Verbandsmitglieder zu werden. Nachdem Kollege
Janßen noch kurz die Situation, wie sie der Schiedsspruch
der drei "Unparteiischen" bei einer eventuellen Verbin-
dlichkeitsklärung brächte, in seiner materiellen Auswir-
kung geschildert hatte, machte Kollege Köpcke eine Aus-
führungen über den Stand der augenblicklichen Lage und
wies auf die Schwierigkeiten hin, die alle Verhandlungen
gezeitigt hätten. Dann war das Interesse auf die Aus-
sprache gerichtet. Die Spannungen, die sich seit Bekannt-
werden des Schiedsspruchs der Kollegen bemächtigt
müßte sich denn auch in entsprechender Weise Luft, und
Groll und Erbitterung lang aus allen Ausführungen.
Falls mit dieser Brutalität durch die staatlichen Schlichter
Zwangsgesetze wird, muß das Pöbel zwangsläufig auf die
andere Seite schlagen, und Erschütterungen des gewerb-
lichen Friedens sind unvermeidlich. Mit einer wahren
Besessenheit versuchte man, die uns im Manteltarif ver-
bürgten Erwerbslosen freizugeben zu machen. Diesen Spek-
ulationen der Prinzipale ist, das war die einmütige Auf-
fassung der Kollegen, durch die Organisation starker
Widerstand entgegenzusetzen. Ein besonderes Kapitel
wurde unter "Verhändlungen" beleuchtet und kennzeichnete
recht stark auch die Ausbeutung der Verhältnisse durch sich
im allgemeinen als sozial denkende Firmen. Die größte
Druckerei hier am Ort denkt sich gar nichts dabei, vor
Othern die ausfallsweise beschäftigten Kollegen zu ent-
lassen, um sie nach einer Woche wieder einzustellen. Es
wäre ja auch den Arbeitslosen zu viel Liebe angetan,
ihnen den Feiertag zu begahnen. Das hieß ja, von dem
geheilten Profit eine Kleinigkeit abzugeben. Jedes
weitere Wort ist wohl zur Kennzeichnung der stets be-
tonten betrieblichen Schicksalsverbundenheit von Arbeit-
nehmern und Arbeitgebern überflüssig. Der Faktor einer
heiligen großen Warenhausdruckerei glaubt die Zeit
günstig, die Arbeiter in seinem Drucktempel diktaturfrei
zu machen. Anscheinend wegen Arbeitsmangels, der be-
stritten wird, verfügt er kurzarbeit, um nebenbei auch noch
in Entlassungen zu machen. Soweit sind wir doch noch nicht.
Es könnte der Zeitpunkt kommen, wo alle diejenigen, die
auf den geringlichen Widerstand spekulieren, ihre Fähig-
keiten auf anderen Gebieten zu zeigen hätten. Ferner wurde
Klage geführt, daß von einigen Firmen immer nur die
selben Gesellen zur Ausschilfe eingestellt würden, wodurch
die übrigen von der Einstellung dauernd ausgeschlossen
wären. Dem Vorstand wurde nahegelegt, in dieser An-
gelegenheit die notwendigen Schritte zu unternehmen.

P. M. Mannheim. Am 8. Mai hatte der Vorstand des
Gauvereins die Vorbesitzer der Bezirks- und Orts-
vereine zu einer Konferenz nach Mannheim geladen.
Anwesend waren außerdem die Vorsitzenden der Gauver-
einigungen der einzelnen Sparten sowie ein Vertreter der
Hilfsarbeiterorganisation. Nach Eröffnung der Konferenz
durch Kollegen Krafft und Erledigung einiger Mitteilun-
gen nahm Gauvorsitzer Conradi das Wort zu
seinem Bericht über die Verhandlungen zur Umgestaltung
des Mantel- und Lohns. In nahezu zwelftündigen
Ausführungen schilderte Redner in eingehender Weise den
Gang der einzelnen Verhandlungen vom 15. März an bis
zu den Nachverhandlungen vor dem Reichsarbeitsmini-
sterium am 28. April. Die durch die Ablehnung der Ver-
bindlichkeitsklärung geschaffene Situation auf arbeits-
rechtlichem Gebiet wurde ebenfalls eingehend dargelegt,
so daß jeder Funktionär in der Lage sein wird, Verleiden
zur Durchbrechung der noch geltenden Bestimmungen ent-
sprechend zu begegnen. Alle Diskussionsredner erkannten
richtig die Stellungnahme und Taktik unserer Unter-
händler an und brandmarkten aber ebenso scharf das jeder
sozialen Empfindung bare Verhalten unserer Unternehmer.
Einhellig wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Grenze
des Ertragfähigen längst erreicht und man nicht gewillt ist,
auch nur die geringste Verschlechterung hinzunehmen. Die
Stimmung in der deutschen Kollegenenschaft wurde den Ver-
tretern des Deutschen Buchdrucker-Vereins bereits während
der Verhandlungen ungewöhnlich vor Augen geführt, doch
soll auch an dieser Stelle nochmals gesagt werden: "Nur
aber Schluss". Als Willensausdruck der von gutem Geist
getragenen Konferenz gelangte nachstehende Entschickung
einstimmig zur Annahme, die unverzüglich dem Verbands-
vorstand zugestellt wurde. "Die am 8. Mai in Mannheim
tagende Konferenz der Bezirks- und Ortsvorsitzer des
Gauvereins billigt nach der Berichtserstattung unserer
Vertreter gelegentlich des Schiedsspruchs über den
Manteltarif. Einmütig sprechen die Funktionäre des
Gauvereins: Es bringen die erneut angelegten Verhandlungen
eine Verschlechterung der Arbeits- und Lohnverhältnis-
se für die Belegschaft, so wird diese in schärfstem ge-
schlossenen Kampf jede materielle und ideelle Verschlechte-
rung abwehren." Nach Bekanntgabe verschiedener ver-

waltungstechnischer Angelegenheiten und Beantwortung
verschiedener Anfragen schloß Kollege Krafft die Kon-
ferenz mit der Aufforderung, jederzeit auf dem Posten
zu sein.

Neureich a. Rh. In unserer Versammlung am 16. April
war gut besucht. Vorsitzender Schmeißer begrüßte die
anwesenden Kollegen und wies auf den Schieds-
spruch, den Kollegen Essner (Koblenz). Nach den üblichen
geschäftlichen Mitteilungen und einer Aufnahme referierte
Kollege Essner über die Kölner Bezirksvorsitzerkon-
ferenz. Hierbei schloß er auch den bisherigen Verlauf
der Mantelartverhandlungen und gab der Ansicht Aus-
druck, daß von der Organisation alles getan werde, um
eine Verschlechterung des jetzigen Tarifs zu vermeiden und
die berechtigte Forderung der erwerbslosen Kollegen auf
eine vierstündige Arbeitswoche zur Durchführung zu
bringen. Für das kommende Johannisfest wurde eine
Kommission gewählt. Es wurde dieser zur Aufgabe ge-
macht, die Erhebung von neuem Jubilaren anlässlich des
Johannisfestes nach altem Brauch entsprechend vorzu-
bereiten. Der Wunsch, die hiesige Gefangenschaft wieder
aufleben zu lassen, wurde von der Versammlung begrüßt.
Zum Schluß richtete noch ein Kollege an die Versammlung
erste Worte und forderte die Kollegen auf, sich reger als
bisher an Kundgebungen der "Eisernen Front" zu be-
teiligen.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Gewerkekammer Dresden be-
standen die Sechskollegen Willi Chiodetti, Her-
mann Beer, Richard Posse, Kurt Röber,
Karl Kupper aus Coswig und
Hilfsschlichter aus Blankenburg a. S. die Meister-
prüfung.

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckergewerbe. Die Ar-
beitslosenzahl in unserm Verband im Monat April
erhob sich auf 204 Berichtstellen. 26 von diesen mit
2642 Mitgliedern verfaßten es, einen Bericht an den
Verbandsvorstand einzuliefern. Die Mitgliederzahl betrug
87 500 (ohne Saargebiet und Freistaat Danzig). In Ar-
beitslosen wurden gezählt 29 429 (gegen 29 512 im März).
Berührt arbeiteten 10 883 Mitglieder (gegen 11 284 im
März), nämlich bis zu 8 Stunden 7430, 9 bis 16 Stunden
2226, 17 bis 24 Stunden 1088, 25 und mehr Stunden 139.
Aus nachstehender Vergleichstabelle ist Näheres über die
Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu ersehen.

Monat	arbeitslos waren	verköstigt arbeiteten			
		bis zu 8 Stunden	9 bis 16 Stunden	17 bis 24 Stunden	25 u. mehr Stunden
Januar . 1931	19 470	2455	908	462	16
Februar . 1931	19 130	2195	903	486	120
März . . . 1931	19 213	2200	821	458	47
April . . . 1931	19 272	2052	821	401	43
Mai . . . 1931	20 026	2627	780	412	33
Juni . . . 1931	20 578	2823	813	570	46
Juli . . . 1931	22 890	3265	1641	900	81
August . 1931	25 563	6985	3362	1594	264
September 1931	26 635	8080	2944	1484	301
Oktober . 1931	27 376	9236	3100	1658	603
November 1931	27 190	9775	2558	1174	432
Dezember 1931	27 887	8659	2399	1020	289
Januar . 1932	28 851	8992	2736	1180	222
Februar . 1932	29 239	8401	2661	1126	257
März . . . 1932	29 512	7771	2226	1047	240
April . . . 1932	29 429	7430	2226	1088	139

Danzig unter Naziterror. Die "Danziger Volksstimme"
ist durch den unter nationalsozialistischem Druck stehenden
Senat der Freien Stadt Danzig mit sofortiger Wirkung
auf die Dauer von drei Monaten verboten worden. In be-
greiflicher Erregung über die Bluttat an dem sozialdemo-
kratischen Stadtverordneten in Neuteich hatte die "Volks-
stimme" scharfer als gewöhnlich das Verhalten der Regie-
rung kritisiert, die nicht dem Treiben der Nationalsozia-
listen in Danzig Einhalt gebieten könne oder wolle. Die
Antwort darauf ist diese überaus scharfe Maßregelung der
Oppositionspresse, während zur selben Zeit das national-
sozialistische Organ in Danzig ungestrahlt weiter gehen darf,
ja sogar Beamte mit Namen genannt und beleidigt hat,
ohne daß es dafür zur Verantwortung gezogen wurde.
Welch schlimme Zustände in Danzig herrschen, geht aus
einer Äußerung des dortigen Zentrumsgenerals hervor, daß
"alle möglichen zweifelhafte Subjekte mit Genehmigung
der Behörden mit Schüssen herumlaufen dürfen".

Strafanzeige gegen Hitler. Wie vor kurzem schon er-
wähnt, hat die Berliner "Welt am Montag" gegen Hitler
Strafanzeige erstattet wegen Abgabe der falschen eibes-
statlichen Versicherung, die "Welt am Montag" sei bereits
von ihm verklagt worden, wegen der Veröffentlichung der
geschätzten, Kaiserhof"-Rechnung, wonach Hitler mit seinem
Stabe für zehn Tage 4048 M. ausgegeben hat. Diese eibes-
statliche Versicherung war erwiesenermaßen falsch, weil
die Zeitung noch immer nicht verklagt ist und die Rechnung
tatsächlich richtig liegt. Wie die "Welt am Montag" in ihrer
Nummer vom 9. Mai mitteilte, war ein Aufruf an ihre
Leser, ihre Zeitungen und Flugblätter einzuliefern, in denen
die Mitteilungen über die Kosten des Aufenthalts Hitlers
und seines Stabes im Berliner Hotel "Kaiserhof" fälschlich
als Lüge und Verleumdung bezeichnet werden, erfolg-
reich. Die "Welt am Montag" hat bisher 18 Verurteilun-
gen nach § 11 des Pressegesetzes an nationalsozialistische
und dieser Partei verwandte Zeitungen geschildert. In allen
Fällen, in denen - offenbar auf Anweisung aus dem
Braunen Haus in München - diese Verurteilungen unter-
drückt werden, wird die "Welt am Montag" auch fernerhin
alle Rechtsmittel in Anspruch nehmen und die Verfolgung
der verantwortlichen Redakteure einleiten. Diesmal scheint
das übliche Schwindelmandat der Nazipressestelle grün-
lich vorzuliegen. Wie die Staatsanwaltschaft Mün-
chen I mitteilte, ist die Strafanzeige am 3. Mai zustän-
digkeitshafter an die Staatsanwaltschaft Nürnberg weiter-
geleitet worden.

